



Forschungskolloquium „Europa“

am Freitag, 21. Januar 2011

in der *Graduate School of Politics*, Raum 101

Scharnhorststraße 100

Programm

9.15 Uhr	Begrüßung <i>Prof. Dr. Dr. h.c. Wichard Woyke</i>
9.30 – 10.15 Uhr	Das Lissabon-Urteil in der parlamentarischen Praxis des Deutschen Bundestages – viel Lärm um nichts?! <i>Fabian Schulz</i>
10.15 – 10.30 Uhr	Kaffeepause
10.30 – 11.15 Uhr	How can EU politics be lobbied in emerging policy fields? Civil Society strategies in Brussels <i>Dr. Matthias Freise</i>
11.15 – 12.00 Uhr	Die Rolle des entwicklungspolitischen Kohärenzanspruches in den Entscheidungsprozessen der Europäischen Union: Ergebnisse einer Fallstudie zur Wiedereinführung der Exportsubventionen für Milchprodukte <i>Benjamin Laag</i>
12.00 – 13.30 Uhr	Mittagspause
13.30 – 14.15 Uhr	Democracy and Prosperity in two Decades of Transition <i>Prof. Dr. Thomas Apolte</i>
14.15 – 15.00 Uhr	Corruption and EU accession: race to bottom or top? <i>Dennis Nottebaum</i>
15.00 – 15.30 Uhr	Kaffeepause
15.30 – 16.15 Uhr	Die ENP in Osteuropa – Stand und Perspektiven <i>Philipp Eikel</i>
16.15 Uhr	Resümee <i>Prof. Dr. Dr. h.c. Wichard Woyke</i>

Abstracts

9.30 – 10.15 Uhr

Das Lissabon-Urteil in der parlamentarischen Praxis des Deutschen Bundestages – viel Lärm um nichts?!

Fabian Schulz

Die Folgen des Lissabon-Urteils des Bundesverfassungsgerichts für die Arbeit des Deutschen Bundestages schienen im Lichte der ersten, teils euphorischen Kommentierungen eindeutig: Die Entscheidung wurde vielfach als überfälliger Durchbruch für eine zukünftig aktive, der theoretischen Bedeutung der nationalen Parlamente entsprechend zentrale Rolle des Bundestages in der Formulierung deutscher Europapolitik erkannt. Die im Spätsommer des Jahres 2009 als Reaktion auf das Urteil vorgenommenen gesetzlichen Änderungen – neben einer Reform des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG) in erster Linie die Verabschiedung des Integrationsverantwortungsgesetzes (IntVG) – sollten eine neue Ära parlamentarischer Beteiligung in europäischen Angelegenheiten einläuten.

Der Beitrag zum interdisziplinären Forschungskolloquium zeigt nach über einem Jahr erste Tendenzen hinsichtlich der praktischen Folgen des in der Zwischenzeit sehr viel kontroverser diskutierten und mitunter heftig kritisierten Urteils auf. Zu diesem Zweck werden in einem ersten Schritt die Beteiligungswege des Deutschen Bundestages in europäischen Angelegenheiten vor den gesetzlichen Anpassungen skizziert. Daran schließt eine Betrachtung des Urteils sowie dessen Umsetzung an, woraus zunächst eine Antwort auf die Frage entwickelt wird, inwiefern die kritischen Punkte parlamentarischer Mitwirkung überhaupt erfasst wurden. Auf dieser Grundlage erfolgt eine Hinwendung zu den praktischen Folgen des Urteils, wobei angesichts der Kürze der Zeit seit Umsetzung der Entscheidung sowie des damit einhergehend noch wenig umfangreichen Datenmaterials lediglich erste Tendenzen aufgezeigt werden können. Eine Darstellung dreier Szenarien zur weiteren Entwicklung dieses Politikfeldes im Lichte des Karlsruher Richterspruchs runden die Ausführungen ab.

Dabei wird argumentiert, dass auf Grundlage sowohl der sich im Laufe der letzten Jahre etablierten Mitwirkungswege als auch der ersten Erfahrungen mit den gesetzlichen Neuregelungen weder die anfänglich entfachte Euphorie noch der in der wissenschaftlichen Diskussion mittlerweile weit verbreitete Fatalismus hinsichtlich der neuen europapolitischen Rolle des Bundestages angebracht sind. Die formalen Folgen, insbesondere des im Mittelpunkt des akademischen Interesses stehenden IntVGs, erweisen sich in der parlamentarischen Praxis aufgrund dessen äußerst seltener Anwendung als gering. Vielmehr scheint ein anderer, bisweilen nur wenig beachteter Aspekt Bedeutung zu erlangen: Der Einfluss des mit großer öffentlicher Aufmerksamkeit umgesetzten Urteils auf die Bildung eines Bewusstseins der Abgeordneten für ihre europäische Rolle, wobei die Nutzung der bereits bestehenden, oftmals informalen oder fraktionsinternen Beteiligungswege im Mittelpunkt steht. Das Urteil sollte also in erster Linie in eine Reihe „exogener Schocks“ gestellt werden, die die sich seit Jahren entwickelnde politische Aufmerksamkeit der Parlamentarier immer wieder antreiben und so langfristig zu einer verbesserten Europatauglichkeit des Bundestages beitragen können.

10.30 – 11.15 Uhr

How can EU politics be lobbied in emerging policy fields?
Civil Society strategies in Brussels

Dr. Matthias Freise

In recent years, lobbying strategies and framework conditions of organized civil society in the European system of multi level governance have drawn the attention of many research projects. This particularly holds true for policy fields that are communitarised by the European treaties. Here, political science has investigated network structures, constellations of actors and policy instruments in detail and shown how the countless civil society interest groups in Brussels try to get the “honey and money of desired EU legislation, subsidies and more” (van Schendelen 2005).

In contrast, the knowledge about the strategies of organized civil society in non- or just recently communitarised policy fields is rather low. How do interest groups try to get their matters on the political agenda when there are no institutionalized procedures like consultations available? What kind of coalitions

do they build? What kind of lobbying instruments do they use? How do they include their national member organizations in their lobbying strategies?

These are the key questions of the proposed paper. They are being answered on the basis of a theory-guided analysis of several qualitative case studies carried out by the members of the research group “European Civil Society and Multilevel Governance” at Münster University between 2008 and 2010 in several PhD projects. Focusing on civil society organizations in Brussels active in the policy fields of Global Health, Amateur Sports and Lesbian, Gay, Bisexual and Transsexual concerns (LGBT movement) the paper provides empirical evidence on how the buttons are pushed in the European multilevel governance system.

11.15 – 12.00 Uhr

Die Rolle des entwicklungspolitischen Kohärenzanspruches in den Entscheidungsprozessen der Europäischen Union: Ergebnisse einer Fallstudie zur Wiedereinführung der Exportsubventionen für Milchprodukte

Benjamin Laag

Regieren in der Europäischen Union resultiert nicht nur aus dem Wechselspiel von nationalen und supranationalen Interessen innerhalb eines Politikfeldes, sondern besteht ebenfalls aus Abhängigkeitsverhältnissen zwischen verschiedenen Politikfeldern innerhalb des europäischen Mehrebenensystems. Der Vortrag konzentriert sich auf Zusammenwirken von verschiedenen Politikfeldern und widmet sich entsprechenden Fragen der Politikkohärenz. Diese impliziert im negativen Sinne das Fehlen von Widersprüchen und gegenseitiger Behinderung verschiedener Politikfelder oder im positiven Sinne das Zusammenwirken von verschiedenen Politiken im Hinblick auf übergeordnete Ziele. Im Gegensatz zu vielen Mitgliedsstaaten hat die EU seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht (1993) ein entwicklungspolitisches Kohärenzgebot rechtlich verankert und mit dem Vertrag von Lissabon bzw. dem Vertrag über die Arbeitsweise der EU am 01.12.2009 bestätigt ("Bei der Durchführung politischer Maßnahmen, die sich auf die Entwicklungsländer auswirken können, trägt die Union den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit Rechnung.“ [Art. 208, Abs.1 AEUV]).

Da sich die europäische Entwicklungspolitik in einem Spannungsverhältnis mit anderen Ressorts befindet, kann die häufig postulierte „Schwäche der Entwicklungspolitik“ bei Interessenkonflikten oder Kompetenzüberlagerungen mit anderen Politikfeldern trotzdem entwicklungspolitische Inkohärenzen zeitigen und die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit schwächen. Gleichzeitig bietet das Zusammenwirken verschiedener Politiken im Sinne ressortübergreifender Politikansätze die Möglichkeit, die Wirksamkeit von Entwicklungspolitik zu verbessern. Dies ist nicht zuletzt deshalb notwendig, da Entwicklungszusammenarbeit nicht unabhängig oder isoliert von anderen Politiken stattfindet, sondern häufig von diesen beeinflusst oder beeinträchtigt wird. Die Durchsetzung des entwicklungspolitischen Kohärenzanspruches kann so Effizienz (Nutzung von Ressourcen), Effektivität (Zielerreichung) und Legitimation von Entwicklungspolitik steigern.

Neben Gründen für und theoretischen Beschränkungen von Politikkohärenz wird im Rahmen einer Fallstudie die Umsetzung des entwicklungspolitischen Kohärenzanspruches in den Entscheidungsprozessen der EU analysiert. Auf der politischen und strategischen Ebene, der institutionellen und Verfahrensebene, und unter Berücksichtigung kohärenzbezogener Prüfungen durch die Europäische Kommission erfolgt dazu die Untersuchung einer Entscheidung im Februar 2009, die zu der Wiedereinführung von Exportsubventionen für Milchprodukte führte und wegen ihrer negativen entwicklungspolitischen Implikationen kritisiert wurde. Anhand dieser konkreten Entscheidung kann so der Stellenwert entwicklungsbezogener Politikkohärenz in der EU exemplarisch verortet und zukünftige Fragen der Kohärenzforschung ausgeleuchtet werden.

13.30 – 14.15 Uhr

Democracy and Prosperity in two Decades of Transition

Prof. Dr. Thomas Apolte

This paper revisits the relation between democracy, liberalization, and prosperity in transition countries, using a panel of 25 countries over 20 years. Earlier investigations found political and economic liberalization to be positively correlated whereas the relation between political liberalization and prosperity remained unclear. In this paper, ambiguous results are found with respect to the relation between democracy

indicators by Freedom House and the Polity Project on the one hand and growth on the other. Therefore, the component variables of these indicators are investigated with respect to their influence. As a result, basic constitutional rights and constraints to the government rather than political competition as such may have been conducive to both economic liberalization and prosperity in the transition countries.

14.15 – 15.00 Uhr

Corruption and EU accession: race to bottom or top?

Dennis Nottebaum

We construct a corruption perceptions index (EU-CPI) for the European Union based on individual country scores from Transparency International's CPI index. We find a negative trend for the scores over a period from 1995 to 2009. Not only does the EU-CPI drop significantly after the two EU enlargement rounds towards the east, but the indicator keeps declining after the accessions have taken place. This suggests that the EU as a whole becomes relatively more corrupt. Based on these findings we develop hypotheses that may explain the results by consulting the large body of literature on socialization processes in international organizations, the political economy of European integration and the interrelationship with existing knowledge on the development and persistence of corruption.

16.15 – 17.00 Uhr

Die ENP in Osteuropa – Stand und Perspektiven

Philipp Eikel

Ein Blick auf den Stand der Europäischen Integration im zurückliegenden Jahrzehnt ruft direkt einige zentrale Ereignisse ins Gedächtnis eines jeden, der sich mit dem Thema „Europa“ beschäftigt. Sicher schnell fallen die EU-Osterweiterung von 2004/2007 und einige, teils gescheiterte, Versuche auf, die EU auf eine neue Vertragsgrundlage zu stellen. Die Schaffung einer Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) aber gehört wohl eher nicht dazu. Dabei haben all die hier genannten Ereignisse viel miteinander zu tun.

Dass sich die EU 2004 erstmalig zu einer einheitlichen Politik gegenüber ihren Nachbarn entschied, war zum großen Teil der Erkenntnis geschuldet, dass die EU mit Ausnahme der laufenden Beitrittsrunden mittelfristig keine neuen Mitglieder würde aufnehmen können. Dass (große) Teile der EU-Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt mit dem Stand der EU-Integration nicht zufrieden waren, gaben die gescheiterten Referenden über die „EU-Verfassung“ im Mai und Juni 2005 zu erkennen, nachdem bereits die Zielsetzung, die EU durch den Vertrag von Nizza für die Zeit nach der „Big-Bang“- Erweiterung „fit“ zu machen, nur eingeschränkt verwirklicht werden konnte, und die Annahme des Vertrages von Lissabon nun vorerst den Abschluss der internen Konsolidierung der EU-27 bildet.

Die ENP ist dabei der Versuch der EU, dem inneren sowie äußeren Handlungsdruck erstmals mittels einer eigenständigen und strukturierten Politik gegenüber ihren Nachbarländern zu begegnen, die aus laufenden Beitrittsprozessen ausgeschlossen sind. Gerade aber für die grundsätzlich beitriffähigen europäischen Nachbarstaaten jedoch war die ENP eine Enttäuschung, fehlt doch in ihr grundsätzlich die Perspektive auf einen EU-Beitritt. Die Grundproblematik dreht sich also um die Frage, inwieweit gegenseitige Kooperations- und Integrationsbemühungen in politischer, rechtlicher, ökonomischer und sozio-kultureller Hinsicht Früchte tragen können, wenn insbesondere die Beitrittsoption, die sich bisher als das erfolgreichste Mittel der EU-Außenpolitik erwiesen hatte, nicht zur Debatte steht. Dabei befindet sich die ENP in ihrer politischen Stoßrichtung an der Schnittstelle zwischen Erweiterungspolitik, Außenwirtschaftspolitik, Außen- und Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik. Sie ist daher sowohl in ihren Inhalten, Zielen, und Instrumenten, als auch aufgrund der an ihrer Ausformung beteiligten Akteure vielschichtig und komplex.

Um ein tieferes Verständnis von der ENP als dem neuen außenpolitischen Schlüsselprojekt der EU-27 zu erlangen, gilt es also, sich umfassend mit all jenen genannten Bereichen zu beschäftigen. Welche Perspektiven ergeben sich daraus für die als so wichtig erachtete ENP für die Zukunft?